

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch

Abg. Eva Lettenbauer

Abg. Julika Sandt

Abg. Franz Bergmüller

Abg. Matthias Enghuber

Abg. Diana Stachowitz

Abg. Johann Häusler

Abg. Raimund Swoboda

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Zur gemeinsamen Beratung rufe ich auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Eva Lettenbauer u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Beschäftigte in der Fleischindustrie schützen: Kontrollen der Gewerbeaufsicht ausweiten (Drs. 18/8583)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Julika Sandt, Alexander Muthmann u. a. und Fraktion (FDP)

Besserer Arbeitsschutz in der Fleischindustrie (Drs. 18/8666)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Horst Arnold, Diana Stachowitz, Doris Rauscher u. a. und Fraktion (SPD)

Keine Werkverträge mehr in der Fleischindustrie - gute Arbeitsbedingungen für alle Beschäftigten schaffen und Sozialdumping verhindern (Drs. 18/8667)

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache und darf Frau Eva Lettenbauer von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort erteilen.

Eva Lettenbauer (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! 7.000 Tönnies-Mitarbeiterinnen und -Mitarbeiter, 1.300 Wohnungen, fast 1.600 infizierte Beschäftigte. Diese Zahlen machen zum einen fassungslos und zum anderen besser nachvollziehbar, wie dieses Fiasko überhaupt passieren konnte. Auch in anderen Schlachthöfen wie im niederbayerischen Bogen wurden 100 Menschen positiv auf das Virus getestet. Die Arbeitsbedingungen in der Fleischindustrie fordern einen lokalen Ausbruch des Coronavirus geradezu heraus. Das muss sich schleunigst ändern.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Pandemie hat die langjährigen eklatanten Missstände in der deutschen Fleischindustrie deutlich aufgedeckt. Billiges Fleisch hat seinen Preis, und diesen bezahlen gerade die Beschäftigten in der Fleischindustrie. Die Ausbeutung von Menschen ist hier an der Tagesordnung. Das mag wirtschaftlich sein, aber mit sozialer Marktwirtschaft hat das nichts zu tun. Diese Zustände sind untragbar.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Hier muss der Staat eingreifen. Er muss die Beschäftigten schützen. Er muss sicherstellen, dass Arbeits- und Hygieneschutz in allen Bereichen eingehalten werden und dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus Osteuropa entsprechend den Hygienerichtlinien untergebracht sind. Wenn ich meinen Job richtig mache, dann weiß ich, dass ich in den Großschlachtbetrieben besonders genau hinschauen muss. Nicht umsonst kennen wir den Begriff des gesunden Misstrauens. Wir fordern deshalb verpflichtende Hygienekonzepte in der Fleischindustrie.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, blicken wir noch einmal auf die Situation: Billige Arbeitskräfte aus Osteuropa werden angeworben. Diese erhalten wegen bestehender Werkverträge nicht einmal den Mindestlohn. Sie werden weiter ausgebeutet, weil sie etwa in Massenunterkünften 250 Euro Miete für eine Matratze zahlen, die sie sich teilweise im Schichtbetrieb teilen müssen. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter arbeiten 10 bis 12 Stunden und brauchen trotzdem Leistungen der Jobcenter. Ganz viele berichten in der Presse davon, dass sie sich aus Angst vor Kündigung zur Arbeit schleppen, einige sogar mit akuten Symptomen. Zudem gibt es Berichte, wonach auch in den vergangenen Wochen 30 Leute gleichzeitig miteinander gearbeitet haben, aber ohne Hygiene- oder Abstandsschutz.

Das Credo der Betriebe lautet zu oft: Auslagern an den Subunternehmer, der möglichst hohe Rendite machen möchte. Aktuell führen die Subunternehmer-Ketten dazu, dass es für die Gesundheitsämter schwer nachzuvollziehen ist, wer überhaupt in dem Schlachthof arbeitet. Die Fleischindustrie weiß scheinbar selbst nicht einmal ganz

genau, wen sie gerade ausbeutet. Es gilt wohl: möglichst wenig Arbeitskräfte, möglichst hohes Tempo. Das geht auf die Kosten des Arbeitsschutzes. Aus NRW wissen wir: 2019 wurden in 30 Großbetrieben der Fleischwirtschaft mit 17.000 Beschäftigten bei Kontrollen 8.752 Verstöße festgestellt, davon allein 5.863 Arbeitszeitverstöße. Die Zahlen in Bayern kennen wir nicht, weil die Jahresberichte der Gewerbeaufsicht seit 2016 online nicht mehr auffindbar sind. Aber warum sollte es in Bayern besser sein? – Das ist ein systematisches Problem in der Branche, das einfach mit Werkverträgen einhergeht. Dagegen müssen wir vorgehen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich möchte noch einmal betonen, dass das Problem seit Jahren bekannt ist. Oft gehören gut 50 % der Beschäftigten in einem Betrieb zu Fremdfirmen. Was ist bisher geschehen? – Nichts. Sie haben nichts unternommen. Wir brauchen keine freiwillige Selbstverpflichtung zur Verbesserung der Arbeitssituation. Die gibt es seit 2015. Was hat die Freiwilligkeit gebracht? – Nichts. Lassen Sie uns im Bund endlich dafür sorgen, dass diese unsäglichen Werkverträge in der Fleischindustrie der Vergangenheit angehören, und zwar nicht erst 2021, sondern unverzüglich. Es ist schon jetzt zu spät. Das Coronavirus wartet nicht auf nächstes Jahr.

Ich will aber betonen, dass es auch anders geht. Bei einem Schlachtbetrieb im Landkreis Vechta sind zum Beispiel alle Beschäftigten fest angestellt und verdienen mindestens 11 Euro in der Stunde. Auch beim kommunalen Schlachthof in Krumbach sind alle Beschäftigten fest angestellt. Es geht also. Man muss Menschen nicht ausbeuten, um rentabel zu wirtschaften.

Wir brauchen auch Betriebsräte, die an einem Schlachthof für die gesamte Belegschaft zuständig sind. Wie sollen sich denn die Arbeitsbedingungen verbessern, wenn die Betriebsräte nur für die Hälfte der Beschäftigten zuständig sind? Zur Verbesserung können wir wie im Baugewerbe eine Nachunternehmerhaftung einführen. Wenn Unter-

nehmen Aufträge an Subunternehmer weitergeben, dann müssen sie Sozialversicherungsbetrug ausschließen können.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Bayerische Staatsregierung kann auch direkt über die Gewerbeaufsicht handeln. Wir fordern, dass die Gewerbeaufsichtsämter endlich mit ausreichenden finanziellen Mitteln und mit genug Personal ausgestattet werden, damit sie mehr unangemeldete Kontrollen in den kritischen Branchen durchführen können. Dafür brauchen sie dringend mehr Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Sie dagegen haben die Gewerbeaufsichtsämter in den vergangenen Jahren lieber ausbluten lassen. So funktioniert Arbeitsschutz nicht. Wir müssen zudem die Zusammenarbeit und den Austausch zwischen den verschiedenen Kontrollbehörden, den Gewerbeaufsichtsämtern, den Gesundheitsämtern und der Lebensmittelüberwachung dringend verbessern und ausbauen, damit die gewonnenen Informationen nicht versanden. Was bringt denn eine Kontrolle, wenn die Beanstandungen nicht an die entsprechende Stelle weitergegeben werden? Hier besteht Verbesserungsbedarf. Diesen können wir jetzt angehen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben die Möglichkeit, die Arbeitsbedingungen für viele Tausend Beschäftigte in der fleischverarbeitenden Industrie jetzt zu verbessern. Damit schützen wir Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Wir schützen aber auch die Bevölkerung als Ganzes; denn durch bessere Arbeitsbedingungen senken wir die Gefahr einer Verbreitung des Virus und verhindern einen weiteren Lockdown wie in NRW in bestimmten Gebieten. Das kranke System Fleischindustrie muss jetzt endlich umgekrempelt werden. Wir brauchen menschenwürdige Arbeitsbedingungen. Wir müssen den Fokus auf das Tierwohl legen. Lassen Sie es uns anpacken!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dem Antrag der FDP stimmen wir zu, wenngleich ich anmerken will, dass es sehr schade ist, dass Sie sich nur auf Kontrollen beschränken und das wichtige Thema Werkverträge ausklammern. Ein Verbot der Werkverträge wäre eine echte Verbesserung für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Dem Antrag der SPD stimmen wir ebenfalls zu, auch wenn ich bereits betont habe, dass wir ein schnelleres Werkvertragsverbot möchten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Nächste Rednerin ist Frau Abgeordnete Julika Sandt, FDP-Fraktion.

Julika Sandt (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Die Fälle Tönnies und Wiesenhof erschüttern uns. Auch vor Bayern macht das Problem keinen Halt. Das zeigt auch der im Mai ans Licht gekommene Fall in Niederbayern. Schlachthöfe sind eine blutige Angelegenheit. Da haben wir alle viel zu lange weggeschaut. Was das Tierwohl angeht, müssen wir immer wieder hinschauen. Vor allem aber geht es nicht, ganz unabhängig von Corona, dass Menschen unter unwürdigen Bedingungen arbeiten müssen.

Wir haben aber weniger ein gesetzgeberisches Defizit als vielmehr ein Kontrolldefizit. Darin unterscheidet sich unser Dringlichkeitsantrag tatsächlich von den Anträgen der GRÜNEN und der SPD. Ein pauschales Verbot ganz bestimmter Verträge für nur eine Branche sehen wir nicht als zielführend an. Wir hingegen wollen zielführende Maßnahmen.

Erstens. Wir wollen sicherstellen, dass der Arbeitsschutz in Bayern regelmäßig kontrolliert wird. Ich bin seit einigen Wochen im Gespräch mit Herrn Radu-Mihai, dem Senator im rumänischen Parlament, der für die Auslandsrumänen zuständig ist. Daraufhin habe ich eine Anfrage an die Staatsregierung gestellt. Dabei ging es um die Kontrollen von Mitarbeitern in der Landwirtschaft. Es wurde uns gespiegelt, dass flächendeckende Kontrollen dort eingestellt wurden. Man hat nur noch Einzelfälle kon-

trolliert, und zwar mit der Begründung, man müsse die eigenen Mitarbeiter schützen. Es ist aber ein Zwei-Klassen-Gesundheitsschutz, wenn die Menschen, die hier für unsere Lebensmittelversorgung zuständig sind, nicht geschützt werden, wenn man sie Gefahren aussetzt, während man die Kontrolleure schützt. Ich halte das für falsch. "Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich" – Artikel 3 Absatz 1 des Grundgesetzes.

Man muss alle schützen, die Arbeiter durch Kontrollen und die Kontrolleure durch die notwendigen Hygienemaßnahmen und Schutzkleidung. Die Kontrolleure müssen doch auch die Kühl- und Belüftungsanlagen kontrollieren. Wir wissen inzwischen, dass gerade die Lüftungsanlagen in den Schlachthöfen zur Verbreitung des Coronavirus beitragen.

Unser zweiter wichtiger Punkt ist, dass wir die Schlachtbetriebe in Verantwortung für den Arbeitsschutz bei allen Vertragsformen nehmen wollen. Wir wollen auch, dass jeder Betrieb, der Unterkünfte vermittelt, dafür sorgen muss, dass diese angemessen sind. Es gibt Technische Regeln für Arbeitsstätten. Die müssen, auch bei solchen Werkverträgen, wenn die Wohnungen durch den Arbeitgeber vermittelt werden, verbindlich eingehalten werden. Und die Einhaltung muss durch unsere Behörden kontrolliert werden. Die Schlachtbetriebe stehen für uns natürlich nicht unter Generalverdacht, aber kein Mensch soll in Bayern unter unmenschlichen Bedingungen arbeiten müssen. Wir schulden der Bevölkerung, dass wir alles gegen eine zweite Corona-Welle tun. Deshalb bitte ich um Zustimmung zu unserem Dringlichkeitsantrag.

(Beifall bei der FDP)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Als nächsten Redner rufe ich Herrn Abgeordneten Franz Bergmüller von der AfD-Fraktion auf.

(Beifall bei der AfD)

Franz Bergmüller (AfD): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Wieder ist der Auslöser der Debatte der Corona-Ausbruch in einem

Schlachtbetrieb, nämlich bei Tönnies in Nordrhein-Westfalen. Letztendlich wissen doch alle hier, dass die Situation in Schlachtbetrieben für Arbeitnehmer nicht die optimalste ist. Ich sage Ihnen Folgendes: Vor 37 Jahren habe ich, um das als Metzgermeister einmal selbst zu verinnerlichen, probeweise im Akkord im Rosenheimer Schlachthof mitgearbeitet. Damals waren meine Kollegen noch Deutsche. Heute werden Sie fast keine deutschen Arbeiter mehr auf dem Arbeitsmarkt finden, weil wir fast keine gelernten Metzger mehr haben. Dabei müssten sie noch nicht einmal gelernter Metzger sein; in Deutschland will einfach kaum mehr einer diese Arbeit machen. Die Arbeitsbedingungen sind schwierig, und ich glaube, darüber sind wir uns alle im Hause einig: Die bestehenden Gesetze müssen besser kontrolliert werden. Genauso die Gemeinschaftsunterkünfte. Die Arbeitnehmer müssen faire Bedingungen haben, es darf nicht sein, dass sie Messergeld oder überbezahlte Unterkünfte bezahlen müssen. Das alles ist selbstverständlich Konsens in diesem Haus.

Was aber nicht Konsens ist, das ist, dass sofort wieder verstärkt nach Kontrollen gerufen wird. Durch die Corona-Zeit sind diese Kontrollen teilweise ausgesetzt worden, zumindest aber sind sie aus Sicherheitsgründen durch die staatlichen Angestellten nicht in der üblichen Weise durchgeführt worden. Das muss natürlich wieder aufgenommen werden, und natürlich müssen schwarze Schafe bestraft werden. Die Arbeitskräftebeschaffung gewährleisten zu wollen und gleichzeitig die Werkverträge abzuschaffen, das ist dem Ziel aber nicht dienlich. Hier muss man Augenmaß walten lassen, denn da hängen ganze Erzeugerketten dran. Die Landwirte können ihre Schweindl nicht mehr weiterbringen, wenn wir die Arbeitskräfte nicht mobilisieren können. Wer sich heute mit Fleischunternehmen beschäftigt, der kann sich das vorstellen. In meiner Nachbarschaft ist die Firma Höhenrainer Delikatessen. Die Prokuristen können Ihnen ein Lied davon singen, wie es wirklich aussieht. Ohne die Werkvertragsunternehmen geht es nicht. Diese Firmen müssen aber die Bedingungen einhalten, wie sie auch für die normalen Arbeitnehmer gelten. Da sind wir uns einig.

Das Problem ist aber viel tiefgründiger. Warum gibt es denn diese Billigfleischangebote? – Da sind wir doch alle selbst schuld, weil alle billig einkaufen wollen. – Entschuldigung, viele, man darf nicht alle in einen Topf werfen. Es sind aber viel zu wenige da, die den Fleisch- oder auch den Milchmarkt mit fairen Preisen garantieren. Es geht aber noch viel weiter. Wer hat denn die kommunalen Schlachthöfe, die regionalen Schlachthöfe? Frau Lettenbauer hat es vorhin gesagt. Das waren die positiven Beispiele. Wie viele sind aber durch EU-Hygienemaßnahmen vernichtet worden? – Da wäre auch der Tiertransport ein Thema gewesen, weil wohnortnah geschlachtet worden wäre. Heute werden die Tiere Kilometer um Kilometer hin- und hergefahren. Der europäische Viehvermarktverkehr ist noch ein anderes Thema. Der Lebendmarkt ist ein interessanter Aspekt für den Tierschutz. Auch da hätte man vieles machen können.

Hygienetechnisch nachzurüsten, kostet Metzgereien und Schlachthöfe bis zu 600.000 Euro. Das ist der Tod für die regionale Nahrungsmittelproduktion gewesen. Da müsste man ansetzen, indem man die Hygienemaßnahmen auf ein normales Maß zurückfährt. Man darf jetzt aber nicht einfach neue Hygienestandards fordern, wie das auch gestern in "B5 aktuell" um 19:40 Uhr gesagt wurde. Da hat ein Hygienemediziner – er hatte die Produktionsanlagen von Tönnies besichtigt – gefordert, jetzt müssten Lüftungsanlagen wie in einem OP-Saal eingebaut werden. Ja wisst ihr denn, was das kostet? – Damit vernichten wir auch noch die letzten kleinen Metzgereien, die paar, die überhaupt noch schlachten.

Ich meine deshalb, hier muss man Augenmaß walten lassen. Es gibt ein Sprichwort: Wenn man sieht, was jemand isst, dann weiß man, wie er mit Essen umgeht. – Das zeigt nämlich, welche Wertschätzung er dafür hat. Es ist wichtig, dass wir wieder eine Wertschätzung für die regionale Produktion bekommen. Dann haben wir nämlich ganz andere Arbeitsbedingungen. Dann schaut es auch wieder besser aus. Im Großen und Ganzen müssen aber die großen Bedingungen geändert werden.

Noch ein letztes Wort. Wir müssen auch die Marktmacht, das Oligopol der Lebensmittelhandelsketten brechen. Die erpressen nämlich die Molkereien und die Hersteller mit Billigpreisangeboten. Die sagen: Wenn ihr bei uns gelistet sein wollt, dann müsst ihr bei dem und dem Sonderangebot die und die Preise liefern. – Jeder sollte sich selbst an die Brust klopfen. Was die Marktmacht anbelangt, so ist das Kartellamt gefordert. Das sollte hier endlich einmal durchgreifen.

(Beifall bei der AfD)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Nächster Redner ist Herr Matthias Enghuber von der CSU-Fraktion.

Matthias Enghuber (CSU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Entschlossenes und richtiges Handeln von der Bayerischen Staatsregierung wie auch von anderen Landesregierungen und der Bundesregierung hat zusammen mit der Vernunft und der Solidarität der Bevölkerung bewirkt, dass wir die Corona-Pandemie in Deutschland so weit eindämmen konnten, dass nun auch wieder Lockerungen der Beschränkungen möglich sind. Wenn es dann durch unvorsichtiges oder gar fahrlässiges Handeln zu neuen Ausbruchsherden kommt, macht uns das wütend und wirft Fragen auf. Dadurch wird auch eine gesamtgesellschaftliche Errungenschaft aufs Spiel gesetzt.

Den Corona-Ausbruch in einer Fleischfabrik in Nordrhein-Westfalen nehmen die GRÜNEN und jetzt auch die SPD und die FDP mit ihren nachgezogenen Dringlichkeitsanträgen zum Anlass, die Situation der Beschäftigten in der Fleischindustrie zu hinterfragen. So ist jedenfalls die Überschrift ihrer Anträge. Richtig und wichtig ist, dass dort, wo Lebensmittel produziert werden, genau hingeschaut wird. Alle drei Anträge zählen allerdings Forderungen auf, die in weiten Teilen bereits erfüllt sind. Ich will es Ihnen erklären.

Erstens. Verpflichtende landeseinheitliche Hygienekonzepte: Das ist ja ganz etwas Neues. Vom EU-Lebensmittelrecht auf Grundlage der HACCP über die risikoorientierte Überwachung durch die Lebensmittelüberwachung und das Veterinärwesen, die

Gewerbeaufsicht mit der bereits gesetzlich verankerten Arbeitshygiene bis hin zu infektionsrechtlichen Vorgaben und diversen Aufzeichnungspflichten ist diese Forderung bereits hinlänglich erfüllt.

Zweitens. Unangemeldete Kontrollen der Gewerbeaufsicht ausweiten: Die Betriebe werden bereits unangemeldet aufgesucht. Das wissen Sie selber. Sämtliche gerade erwähnten Vorgaben werden überprüft. Im Bereich des Arbeitsschutzes, um den es Ihnen ja nach eigenem Bekunden hier geht, haben sich regelmäßig lediglich geringe Mängel in Bayern ergeben. Es ist also nicht angezeigt, von einem systematischen Konzept der Fleischindustrie zur Ausbeutung von Arbeitskräften zu sprechen, wie es gerade zu hören war. Wir stehen für Kontrollen und, wo nötig, natürlich auch strenge Ahndungen. Falsch ist aber, die gesamte fleischverarbeitende Industrie über einen Kamm zu scheren und an den Pranger zu stellen.

Die SPD hat in ihrem Dringlichkeitsantrag, Teil 2, auch das Thema Wohnraum erwähnt. Meine Damen und Herren, da müssten Sie wissen, dass 2005 das Wohnraumaufsichtsgesetz zum Zweck der Deregulierung aufgegeben worden ist, weil alles durch die vorher erwähnten Kontrollen bereits hinlänglich überprüft wird.

Drittens. Zusammenarbeit von Kontrollbehörden: Für die Zusammenarbeit der Behörden gilt der Grundsatz der Allgemeinen Geschäftsordnung für die Behörden des Freistaates Bayern. Die Zusammenarbeit zwischen den Veterinärämtern, der Lebensmittelüberwachung, den Gesundheitsämtern usw. ist in den Artikeln 6 und 31 des Gesundheitsdienst- und Verbraucherschutzgesetzes geregelt. Die gleichen Grundsätze der Zusammenarbeit erfassen auch die Gewerbeaufsichtsämter, liebe Kolleginnen und Kollegen. Selbstverständlich wirken also die Behörden insgesamt zusammen und tauschen Informationen aus. Das ist doch logisch.

Zu Punkt 4 des Antrags der GRÜNEN: Auf Bundesebene wollen Sie erreichen, dass Werkvertragsverhältnisse über Subunternehmen untersagt werden. Das ist etwas

ganz Neues – guten Morgen! Der Beschluss des Bundeskabinetts vom 20. Mai 2020 weist nämlich schon genau in diese Richtung. Er ist vier Wochen alt.

(Zuruf der Abgeordneten Eva Lettenbauer (GRÜNE))

Die Staatsregierung beteiligt sich an der Umsetzung dieser Initiative und hat die Debatte über bessere Arbeitsbedingungen in der Fleischwirtschaft bereits aufgenommen. Dafür bin ich auch unserer Staatsministerin Carolina Trautner explizit dankbar. Die Staatsregierung wird sich auch für das geplante Verbot von Werkverträgen und Leiharbeit konstruktiv einbringen. Wichtig ist hier abermals, dass mit Augenmaß gehandelt wird und beispielsweise Ausnahmeregelungen für die von uns allen wahrscheinlich favorisierten handwerklichen Metzgerbetriebe gelten. Einer Aufforderung der Staatsregierung bedarf es also ganz eindeutig nicht. Ganz nebenher ist damit auch der Teil 1 des SPD-Dringlichkeitsantrags abgearbeitet.

Kommen wir zu Punkt 5 des Antrags der GRÜNEN, die Einführung einer Nachunternehmerhaftung. Kolleginnen und Kollegen, eine Nachunternehmerhaftung kommt schon rein systematisch nicht in Betracht. Sie orientieren sich hier in Ihrem Antrag an einem Instrument aus dem Arbeitnehmerentsendegesetz. Hiermit könnte der Arbeitnehmer im Bedarfsfall monetäre Forderungen gegenüber seinem Arbeitgeber geltend machen. Wir brauchen es aber doch genau andersherum: Zielführend ist vielmehr der in diesem Kabinettsbeschluss vom 20. Mai – ich habe es gerade erwähnt – zum Ausdruck gebrachte Ansatz, dass der – ich zitiere – "Arbeitsschutz im Verhältnis zwischen Auftraggeber und Werkvertragsunternehmer gestärkt" wird. Es geht also darum, den Auftraggeber stärker in die Pflicht zu nehmen, nicht den Auftragnehmer. Der Auftraggeber darf sich nicht mehr hinter seinen Subunternehmern verstecken können.

(Beifall bei der CSU)

Sechstens. Zuständigkeit der Betriebsräte für die gesamte Belegschaft: Zeitarbeitskräfte sind Arbeitskräfte einer Zeitarbeitsfirma. Werkvertragsbeschäftigte sind Arbeitnehmer des Werkunternehmers. Für sie ist deshalb der Betriebsrat in der Zeitarbeits-

firma oder beim Werkunternehmer zuständig. Über Unterrichts- und Informationsrechte des Betriebsrates des Einsatzbetriebes ist auch gewährleistet, dass es hier eine Zusammenarbeit zum Wohl der Mitarbeiter gibt.

(Zuruf von den GRÜNEN)

Sie sehen also summa summarum: Punkt 1 des Dringlichkeitsantrags der GRÜNEN ist erfüllt. Punkt 2 ist erfüllt. Punkt 3 ist erfüllt. Die Lehren aus Punkt 4 sind bereits gezogen und in Umsetzung. Punkt 5 des Antrags der GRÜNEN hat den falschen Ansatz. Punkt 6 ist bereits ausreichend und gut geregelt. Deshalb führen alle drei Dringlichkeitsanträge ins Leere. Deshalb lehnen wir alle drei Anträge ab.

(Zuruf der Abgeordneten Eva Lettenbauer (GRÜNE))

Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Liebe Kolleginnen und Kollegen, bevor ich die nächste Rednerin aufrufe, möchte ich auf die Zeitproblematik hinweisen. Wir haben jetzt noch die Antragsgruppe 5, wenn Sie so wollen. Eine Antragsgruppe 6 gibt es heute nicht. Das würde heißen, dass wir auf alle Fälle jetzt diese drei Anträge zur Abstimmung bringen. Ich habe große Zweifel daran, dass wir den "Fünfer", also die letzte Antragsgruppe, zur Abstimmung bringen können, weil das nach 18 Uhr wäre. Wir haben auch relativ wenig Redezeit bei den einzelnen Fraktionen übrig – anscheinend liegt es an der Brisanz der Themen, die wir heute besprochen haben.

Jetzt stehen wir vor der Frage: Entweder wir diskutieren über 18 Uhr hinaus, aber natürlich mit der klaren Zeitvorgabe für jede Fraktion. Oder wir sagen, dass uns die Thematik "Pflegekräfte" so wichtig ist, dass wir die Anträge lieber in den federführenden Ausschuss verweisen, sie dort intensiv besprechen und vielleicht auch entsprechend würdigen. Ich bin für beide Möglichkeiten offen. Ich persönlich würde eher einer Überweisung in den federführenden Ausschuss zustimmen und frage jetzt nach: Wer wäre

für den Vorschlag, dass wir den Bereich Nummer 4 zu Ende machen und dann mit der Abstimmung auch die heutige Sitzung beenden und alle übrigen Anträge entsprechend in die Ausschüsse verweisen? Wer ist für meinen Vorschlag? – Das sind die GRÜNEN, die SPD, die CSU, die FREIEN WÄHLER, die AfD, die FDP und die beiden fraktionslosen Abgeordneten. Ein einstimmiges Votum, das ist ja ganz toll.

Wir machen jetzt mit den Zeitvorgaben entsprechend diesen Bereich – –

(Zuruf)

– Pardon, Herr Abgeordneter?

(Zuruf)

– Ja klar, natürlich. – Wir kommen nun zur nächsten Rednerin. Ich darf nun für die SPD-Fraktion Frau Diana Stachowitz aufrufen.

Diana Stachowitz (SPD): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Wir haben heute einen sehr dringlichen Antrag. Das ist gut und richtig so, weil wir ein Topthema haben, das unter dem Brennglas Corona einfach wieder aufpoppt. Aber es ist nicht wirklich durch Corona entstanden, sondern wir haben hier ein grundsätzliches Problem, und es ist gut und richtig so, dass wir es hier behandeln.

Ich bin jetzt ziemlich erschüttert vom Redner der CSU, weil Sie sagen, dass alles gut ist. Dann verstehe ich aber nicht, warum es hier ein Problem gibt. Von daher sind die Forderungen der drei Anträge sehr wohl notwendig und auch richtig. Ich möchte gleich vorab sagen: Dem Antrag der GRÜNEN werden wir zustimmen, obwohl wir den Punkt mit dem Wohnraumaufsichtsgesetz noch erweitert haben. Dem Antrag der FDP werden wir auch zustimmen, obwohl ich wirklich sagen muss, dass Sie noch mal bei der Satzformulierung in sich gehen sollten: "[...] oft nicht optimale Bedingungen beklagt." – Also wenn Sie wirklich einmal unterwegs waren, auch mit der Gewerkschaft NGG, dann wissen Sie, dass das menschenunwürdige Arbeitsplätze und Wohnumstände dort sind. Das ist nicht nur nicht unbedingt optimal, sondern menschenunwürdig. Des-

wegen sind wir auch als SPD ganz deutlich da bei den Arbeitnehmern und fordern entsprechend Verbesserungen.

(Beifall bei der SPD)

Warum ist das Thema denn eigentlich zu behandeln, liebe CSU? – Das ist so, weil 2014 ein Verhaltenskodex mit der Fleischindustrie ausgehandelt worden ist. Und was ist passiert? – Nichts! Wir haben immer mal einen guten kleinen Betrieb, aber der hat überhaupt keine Angst vor unseren Änderungswünschen bzw. Änderungen, die wir vornehmen wollen, weil er die Vorgaben erfüllt. Wir müssen jene behandeln, die sich nicht an diesen Verhaltenskodex gehalten haben. Deswegen gilt es, hier Veränderungen vorzunehmen.

Ich möchte nur an den Antrag der SPD aus dem Jahr 2016 erinnern. Wir haben immer wieder, fast jährlich, einen Antrag zu dem Thema gestellt. Aber da haben wir das Thema Lohnsklaverei drin. Das passiert hier nämlich. Das muss abgeschafft werden. Dafür kämpfen wir von der SPD.

(Beifall bei der SPD)

Zu den Werkverträgen noch mal: 90 % der Arbeitsplätze in der Fleischindustrie beruhen auf Werkverträgen. Das müssen Sie sich einmal vorstellen. Dann sagen Sie, das sei nicht die Regel, sondern die Ausnahme. Nein, diese Werkverträge in der Fleischindustrie gehören abgeschafft, und dafür setzen wir uns ein.

(Beifall bei der SPD)

Dann haben wir das die Generalunternehmerhaftung im Gesetz – es tut mir leid, lieber Kollege von der CSU und auch Kollegen von den GRÜNEN –, das gibt es seit 2017. Das wird dementsprechend aufbereitet. Wer hat das vorangetrieben? Wer hat vorangetrieben, dass wir die Kontrolldichte beim Zoll haben, um Lohndumping, Sozialversicherungsbetrug oder Schwarzarbeit einzudämmen? – Es war die SPD, die in den letz-

ten Jahren dafür gesorgt hat, dass der Arbeitnehmerschutz garantiert wird. Wir haben die Gesetze auf den Weg gebracht.

(Beifall bei der SPD)

Deswegen sage ich ganz deutlich: Wir müssen dieses Gesetz, das Hubertus Heil als Arbeitsminister vorgelegt hat, umsetzen. Wir fordern in unserem Antrag, dass die Staatsregierung dranbleibt und die Umsetzung aktiv mitgestaltet.

Wir fordern aber noch mehr, nämlich dass die Staatsregierung endlich aktiv wird, weil wir sehen, dass es nicht gereicht hat, was die Staatsregierung gemacht hat. 2004 haben Sie das Wohnraumaufsichtsgesetz abgeschafft. Sie sollten wirklich einmal in solche Wohnunterkünfte gehen. Dort herrschen menschenunwürdige Bedingungen. Das ist mit den Menschenrechten gar nicht zu vereinbaren. Deswegen fordern wir, dass Sie ein Wohnraumaufsichtsgesetz vorlegen, in dem klare Eckpunkte festgesetzt sind.

(Beifall bei der SPD)

Wir fordern mindestens zehn Quadratmeter Wohnraum, wir fordern ein Bad in der Wohnung – das müssen Sie sich einmal vorstellen! –, wir fordern eine Kochgelegenheit, und wir fordern, dass die kommunale Selbstverwaltung gestärkt wird, damit sie Missetaten endlich aufdecken und ahnden kann. Das ist für uns ganz essenziell.

(Beifall bei der SPD)

Mit Blick auf die Uhr sage ich ganz deutlich: Wir brauchen mehr Überwachung bei Arbeits- und Gesundheitsschutz. Da muss eine andere Kontrolldichte sein, das heißt, das Personal muss erst mal eingestellt werden. Die Lücken sind viel zu groß. Die SPD setzt sich dafür ein, endlich die Gesetzeslücken und Schlupflöcher zu schließen, damit kriminelles unternehmerisches Handeln nicht mehr möglich ist. Dafür müssen wir alles Notwendige tun. Die SPD wird sich auch in Zukunft auf allen Ebenen streitbar für mehr

Arbeitnehmerschutz und Arbeitnehmerrechte einsetzen, dass die Menschen Löhne bekommen, von denen sie wirklich leben können,

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Frau Abgeordnete, die Redezeit der Fraktion ist abgelaufen.

Diana Stachowitz (SPD): und Missbrauch von Werkverträgen und der Leiharbeit hier endlich nicht mehr möglich ist. Mitbestimmung in Betrieben – das muss für die Belegschaft gesichert werden. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall bei der SPD)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Nächster Redner ist der Abgeordnete Johann Häusler, FREIE WÄHLER-Fraktion.

Johann Häusler (FREIE WÄHLER): Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Der Dringlichkeitsantrag der GRÜNEN "Beschäftigte in der Fleischindustrie schützen" spiegelt den Willen des ganzen Hauses hier wider. Das kann nicht auf eine Partei reduziert werden. Ich glaube, das ist unser gemeinsamer Anspruch. Die entsprechende Definition mag unterschiedlich ausfallen. Im Laufe der Diskussion werden wir darauf noch zu sprechen kommen.

Dem Kollegen Matthias Enghuber wurde vorgehalten, er würde alles glorifizieren und behaupten, es sei alles in Ordnung. Das hat er nicht getan, sondern der Kollege hat eindeutig die Rechtslage erklärt; er hat dargestellt, welche rechtlichen Regelungen es bereits gibt. Wir alle wissen, obwohl es rechtliche Regelungen gibt – das ist im Straßenverkehr so, das ist überall so –, werden sie nicht immer eingehalten.

Bei einem, glaube ich, sind wir der gleichen Meinung: Wir müssen wieder – das ist durch Corona bedingt sicherlich etwas in den Hintergrund geraten – die Kontrolldichte verstärken. Das ist gar keine Frage. Aber man darf das Ganze nicht so ideologisch überziehen.

(Zuruf der Abgeordneten Eva Lettenbauer (GRÜNE))

– Wir brauchen überall mehr Personal. Sag du mir einen Bereich des Lebens, wo wir nicht zu wenig Personal haben. Das ist fast überall so. Wir haben nirgendwo zu viel. Das ist das Problem. Frag doch mal bei den Familienbetrieben, auch bei den Schlachtbetrieben, ob sie nicht tagtäglich um Personal kämpfen. Die kämpfen tagtäglich, sonst hätten wir solche Eskapaden nicht, die wir verurteilen. Das wollen wir an der Stelle mal so festhalten, verehrte Kolleginnen und Kollegen.

Der Dringlichkeitsantrag der GRÜNEN ist aufgrund der durch Corona bedingten Situation aufgesetzt. Aber er ist auch aufgesetzt – das habe ich aus dem Vortrag herausgehört –, um hier eine gewisse Bewegung aufzunehmen, um hier eine gewisse Stimmung aufzunehmen, die mit zwei Stichworten beschrieben werden kann: Massentierhaltung und verheerende Missstände in den Schlachtbetrieben. Damit meint man nicht nur die Firmen Tönnies und Westfleisch, sondern damit sind auch die regionalen genannt. Das ist das ganz große Problem. Wir haben ohnehin viel zu wenige Betriebe. Es kann doch nicht der Sinn und Zweck sein, einen Generalverdacht auszusprechen und eine Branche kaputtzureden.

(Widerspruch von den GRÜNEN)

– Moment! Hier steht: Beschäftigte schützen. Zu den Beschäftigten zählen auch die Leute, die in der Landwirtschaft tätig sind. Zu den Beschäftigten zählen auch die Metzgereifachverkäuferinnen. Hören Sie sich einmal an, was sie aufgrund dieser Diskussion zu ertragen haben! Auch diese Leute müssen wir schützen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Und wenn wir von mittelständischen Familienbetrieben reden, dann sollten wir genau wissen, was wir wollen. Was wir nicht wollen, das sage ich Ihnen jetzt – ich gehe gar nicht mehr auf die gesetzlichen Vorgaben ein, weil sie ausführlich erläutert wurden, ich möchte mehr auf die Situation draußen eingehen. In der letzten Zeit wurden von eini-

gen große Fehler gemacht; bleiben wir bei der Firma Tönnies. Der Corona-Ausbruch wurde verursacht über die Lüftung. Das rechtfertigt aber nicht das Ergebnis. Wir sind nach wie vor der Meinung: Diejenigen, die Fehler gemacht haben, die nicht akzeptable Verhaltensweisen an den Tag gelegt haben, müssen zur Rechenschaft gezogen werden – das ist das eine. Aber das andere ist, dass wir diejenigen schützen müssen, für die wir uns verantwortlich fühlen. Das sind nämlich unsere mittelständischen Betriebe vor Ort.

Vorher ist schon mal die EU-Verordnung zum Schlachten und Zerlegen von 1990 angesprochen worden. Sie hat dazu geführt, dass bei uns die Betriebe dichtgemacht haben. Die kommunalen Schlachthöfe in Bayern kann ich an einer Hand aufzählen. Wer mir mehr nennen kann, bekommt von mir eine Flasche Sekt. Früher hatten wir kommunale Schlachthöfe fast in jedem Landkreis, in jeder größeren Stadt. Diejenigen, die zugemacht haben, sind teilweise von den Großen übernommen worden – schauen wir nach Kempten, schauen wir nach Bamberg! Warum sind sie übernommen worden? – Ganz einfach: weil sie die Investitionen zur Erfüllung der Auflagen nicht stemmen konnten. Dann hat zum Beispiel ein Unternehmen wie Tönnies übernommen. Das ist die Faktenlage; man darf das nicht wegdiskutieren. Ich habe in meiner beruflichen Laufbahn selbst einen kleinen Schlachthof betreut. Wir hatten in unserer Erzeugergemeinschaft einen Schlachthof. Aufgrund der EG-Hygienerichtlinien musste dort investiert werden. Wir haben uns dann mit dem Veterinäramt zusammengesetzt. Wissen Sie, was der Veterinär gesagt hat, obwohl wir eine Million investiert hätten? – Er hat gesagt: Ich kann euch nur eines sagen: Ihr könnt das Geld einsetzen, aber ich sage euch voraus, aufgrund der Vorgaben werdet ihr nicht glücklich werden, ich muss euch das Leben schwermachen. Was hat man dann gemacht? – Zugemacht hat man. Das war das Ergebnis.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, innerhalb von zehn Jahren hat jeder dritte Metzgereibetrieb in Bayern dichtgemacht. Sie haben nicht deshalb dichtgemacht, weil es ihnen nicht so gut ging, sondern weil sie es ganz einfach nicht mehr schaffen konnten

unter all den gegebenen Rahmenbedingungen. Von den Schlachtbetrieben, die nicht zugemacht haben, schlachtet nur noch jeder dritte. Sie schlachten doch nicht deswegen nicht, weil sie keine Lust haben, sondern ganz einfach deswegen, weil es nicht möglich ist. Wenn es nach Eva Lettenbauer geht, müssen wir die bayerische Tierproduktion abschaffen. Das ist die Konsequenz.

(Zuruf der Abgeordneten Eva Lettenbauer (GRÜNE): Nein! – Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Man muss doch die Wahrheit sagen.

(Zuruf)

Wenn jemand sagt, er habe Ahnung, dann soll er einmal sagen, welche Tierbestände wir haben, und darstellen, welche Schlachtkapazitäten wir in Bayern haben. Nicht umsonst hat der bayerische Staat damals, als Müller Fleisch in Ulm gebaut hat,

(Zuruf)

dort investiert und gefördert, weil wir in Bayern keine Kapazitäten hatten. Nicht umsonst geht ein Großteil der bayerischen Schweineproduktion aus Nordbayern weg, weil dort alle mittelständischen Betriebe dichtgemacht haben oder von Tönnies übernommen wurden.

(Zuruf)

Was ist in Coburg los, in Neustadt an der Aisch und in Bamberg?

(Zurufe)

– Wir haben früher nach Hof geliefert. Mein lieber Freund, ich kann dir das erklären. Das ist die Faktenlage. Heute gehen die Tiere zum großen Teil nach Weißenfels in Sachsen-Anhalt, weil dort die Kapazitäten vorhanden sind. Das ist die Faktenlage, die man einfach zur Kenntnis nehmen muss. Wer dies nicht zur Kenntnis nimmt, der muss

auch die Konsequenzen tragen, werte Kolleginnen und Kollegen. Das ist der Sachstand.

Deshalb sind wir seitens der Regierungsfractionen auf einem ganz anderen Weg. Wir sagen, wir müssen den Mittelstand stärken. Wir sagen, wir müssen unsere bäuerlichen Unternehmen, unsere Familienbetriebe stärken. Wir müssen schauen, dass wir die Kapazitäten wieder nach Bayern zurückholen, und zwar mittelstandsbasiert. Das ist unsere Aufgabe und nicht, sie zu vernichten, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Im Antrag der SPD lese ich,

(Zuruf)

dass der Bayerische Landtag aufgefordert werden soll, sich darum zu kümmern, dass die Koalitionsparteien in Berlin, die bereits einen Gesetzentwurf zusammen erarbeitet haben, diesen auch umsetzen. Das ist doch nicht Aufgabe des Bayerischen Landtags. Das machen die Koalitionäre in Berlin, und wenn die SPD kein Vertrauen hat, dann läuft irgendetwas schief. Aber das haben nicht wir als Bayerischer Landtag zu verantworten. Das ist absolut daneben.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Zurufe)

Wenn man diese Dinge zusammenbringt – meine Redezeit ist leider bald zu Ende, sonst könnte ich Ihnen noch einige Dinge mehr mit auf den Weg geben –,

(Zurufe: Oh!)

dann bleibt eigentlich überhaupt nichts anderes übrig, obwohl es uns schwerfällt, als diese drei Anträge abzulehnen.

(Zuruf)

In diesem Sinne bitte ich: Unterstützt uns, unterstützt die Bayerische Staatsregierung und die sie tragenden Parteien bei diesem Strukturwandel hin zu mehr Regionalität, regionaler Wertschöpfung und regionalem bäuerlichem Wesen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Herr Abgeordneter, bleiben Sie bitte am Rednerpult.

Johann Häusler (FREIE WÄHLER): Gerne.

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Wir haben drei Zwischenbemerkungen. Die erste kommt von Frau Lettenbauer. Bitte schön.

Eva Lettenbauer (GRÜNE): Ich finde, die beiden Redebeiträge von den Regierungsfractionen waren sehr zum Schämen und absolut erschreckend.

(Beifall bei den GRÜNEN – Widerspruch bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Deshalb möchte ich gern einen riesengroßen logischen Denkfehler von dir aufdecken, und zwar: Regionale Betriebe, vorbildliche Schlachthöfe mit Festanstellung, mit guten Arbeitsbedingungen, die regionale Rinder, Schweine oder Wild schlachten, profitieren davon, wenn wir ganz klar dagegen vorgehen, dass Industriebetriebe, dass die Fleischindustrie Preisdumping beim Fleisch betreibt, dadurch dass die Löhne gedumpt werden, dass die Arbeitsbedingungen absolut schlecht sind. Die regionalen Betriebe profitieren von unserem Vorgehen gegen das Preisdumping der Fleischindustrie, gegen diese schlechten Bedingungen, denn sie können dann deutlich mehr absetzen und stehen ganz klar besser da. Ich finde es absolut unlogisch, was Sie uns heute hier unterstellen.

Wir brauchen ganz konkret verpflichtende Hygienekonzepte in Bayern. Dafür müssen Sie sorgen, auch indem Sie mehr Personal zur Verfügung stellen.

(Zurufe)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Kommen Sie bitte zum Ende.

Eva Lettenbauer (GRÜNE): Ein Ausspielen gegeneinander verbitte ich mir.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Herr Abgeordneter.

Johann Häusler (FREIE WÄHLER): Ich bin sehr dankbar für die Frage, denn sie spiegelt klar wider, dass hier von etwas gesprochen wird, bei dem viel Ahnungslosigkeit herrscht.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Deshalb sage ich auch ganz bewusst: Im Landkreis Donau-Ries gibt es sehr viele Betriebe, auch schweinehaltende größere Betriebe. Wir hatten früher einen Schlachthof in Donauwörth, den gibt es heute nicht mehr. Jetzt soll man mir einmal sagen, wo diese Leute, die wöchentlich meinetwegen

(Zurufe)

60 oder 80 Schweine zum Markt bringen wollen, hinkommen sollen. Ich sage es dir, wo sie hinkommen:

(Zurufe)

Sie kommen nach München. Die Frage ist, wie lange dort noch geschlachtet wird. Diese Grundsatzfrage stellt sich im Moment. Sie kommen nach Ulm und nach Crailsheim; dort sind die Unternehmen. Mir wäre es auch lieber, wenn der Raffalt noch schlachten würde. Wir haben ihn nicht kaputt gemacht, sondern das war vor Ort so gewollt. Dann muss man auch konsequent sein und dazu stehen, anstatt die Entwicklung so weit zu betreiben, bis sie aufhören, sondern dann muss man auch sagen:

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Die Redezeit ist zu Ende, Herr Abgeordneter.

Johann Häusler (FREIE WÄHLER): Die Konsequenzen haben wir zu verantworten.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Vielen Dank. – Die zweite Zwischenbemerkung kommt vom Abgeordneten Swoboda.

(Zuruf)

Johann Häusler (FREIE WÄHLER): Bitte?

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Drei Zwischenbemerkungen.

Johann Häusler (FREIE WÄHLER): Drei?

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Ich bin hier nicht für die Zeit verantwortlich. Das Parlament hat das Rederecht. Ich bin nicht für die Zeit verantwortlich. Ich habe darauf hingewiesen. Bitte, Herr Abgeordneter.

Raimund Swoboda (fraktionslos): Sehr geehrter Herr Häusler, Sie haben hier wirklich eine gute Lanze für den mittelständischen Betrieb und auch für den Großbetrieb in der Fleischindustrie Deutschlands gebrochen und davor gewarnt, sie zunichte zu machen und in der Existenz zu gefährden, denn das könnte Folgen haben.

(Zuruf)

Ich will Ihnen eine dankbare Frage stellen: Was passiert eigentlich mit denen, die diese mittelständischen und großindustriellen Fleischbetriebe beliefern? – Das sind unsere heimischen Landwirte, das sind die Schweinemäster, und diese haben jetzt Sorgen. Sie können vielleicht noch einen Monat durchhalten, aber dann stellt sich die Frage: Wohin mit den Tieren? Haben Sie dafür eine Lösung? Können Sie das einmal unserer linken Fraktion da drüben ins Stammbuch schreiben, was dann passiert, was

vorgeht, wenn wirklich die Existenzen der Schlachtereien in Deutschland kaputtgehen?

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Bitte, Herr Abgeordneter.

Johann Häusler (FREIE WÄHLER): Ich will die Frage kurz beantworten. Wir haben im Moment die Situation, dass Schlachttiere aufgrund der Gegebenheiten nicht mehr abgenommen werden können. Ich habe kürzlich von einem Allgäuer Bauern gehört, dass er mit zwei Kühen nach Kempten gefahren ist und wieder nach Hause geschickt wurde. Die Tiere konnten nicht mehr abgenommen werden. Was heißt das? – In der Schweinemastbranche ist das katastrophal. Die Tiere bekommen Übergewicht, die Platzsituation verschärft sich, der Tierschutz wird schwieriger, die Ferkel können nicht nachgestellt werden. Der Bauer wird sie auch gar nicht mehr nachstellen, weil er weiß, dass aufgrund dieser Situation das Preisniveau kaputtgeredet wird. Das heißt, es wird für die Bauern katastrophal, das muss man ganz klar sagen. Das sind auch Auswirkungen davon.

(Zuruf)

Deshalb setzen wir uns für Regionalität ein. Schnellstmöglich Alternativen auf den Weg zu bringen, ist genau der richtige Weg. Nicht das Kaputtmachen, sondern etwas auf den Weg zu bringen, das ist unser Credo.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Danke. – Die dritte Zwischenbemerkung kommt von Frau Stachowitz. Bitte.

Johann Häusler (FREIE WÄHLER): Gerne.

Diana Stachowitz (SPD): Wer hat dafür gesorgt, dass unsere örtlichen regionalen Betriebe kaputtgegangen sind? – Sie, die über die ganzen Jahre in der Verantwortung gestanden haben, weil Sie es

(Zurufe)

verpasst haben, im Freistaat den ökologischen Umbau mitzutragen. Ich sage Ihnen auch, warum: weil Sie nicht bereit waren, auch nicht auf europäischer Ebene. Wer die Begründung unseres Antrags liest, kann deutlich sehen: Natürlich hätten wir zusammen mit Europa dafür sorgen müssen, dass Lohndumping und Misshandlung von osteuropäischen Arbeitern hier nicht möglich sind. Wenn wir das alles getan hätten, und zwar rechtzeitig im Verbund, dann wären auch unsere regionalen Betriebe und die kleinen Bauern nicht kaputtgegangen, weil sie dann nicht gedrückt worden wären, mit der Billigindustrie gemeinsame Sache machen zu müssen. Sie leiden darunter,

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Ihre Redezeit ist zu Ende.

Diana Stachowitz (SPD): weil die Erlöse nicht den Preis widerspiegeln.

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Frau Stachowitz!

Diana Stachowitz (SPD): Das ist die Wahrheit, und das sind Fakten.

(Beifall bei der SPD)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Herr Abgeordneter, Sie haben eine Minute Redezeit. Aber ich weise darauf hin: Jetzt ist es 17:59 Uhr. Sie sind der Herr des weiteren Geschehens.

Johann Häusler (FREIE WÄHLER): Okay. Dann will ich das in einem Satz beenden. Genau Ihre Parteifreunde haben zum Beispiel den Schlachthof in Augsburg dichtgemacht. Dies gilt sowohl regional als auch überregional. Es wäre ehrlich, sich dazu zu bekennen und zu sagen: Wir haben dies damals aus ganz anderen Gründen verhindert. Jetzt dem Thema hinterherzulaufen und zu fragen, warum das verhindert worden ist, ist falsch und scheinheilig.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Danke. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich trete in die Abstimmung ein.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 18/8583 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der GRÜNEN und der SPD. Wer ist dagegen? – FREIE WÄHLER, CSU, FDP, AfD und die beiden fraktionslosen Abgeordneten. Wer enthält sich? – Ich sehe keine Enthaltung. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der FDP-Fraktion auf Drucksache 18/8666 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der FDP, der GRÜNEN, der SPD und der AfD. Wer ist dagegen? – FREIE WÄHLER, CSU und der fraktionslose Abgeordnete Plenk. Wer enthält sich? – Der fraktionslose Abgeordnete Swoboda. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion auf Drucksache 18/8667 seine Zustimmung geben will, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der GRÜNEN und der SPD, sonst niemand. Wer ist dagegen? – FREIE WÄHLER, CSU, FDP, AfD und die beiden fraktionslosen Abgeordneten. Wer enthält sich? – Ich sehe keine Enthaltung. Damit ist dieser Antrag ebenfalls abgelehnt.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, so wie wir es beschlossen haben, verweisen wir die Dringlichkeitsanträge auf den Drucksachen 18/8584, 18/8668 und 18/8669 sowie die Dringlichkeitsanträge auf den Drucksachen 18/8586 mit 18/8590 in den jeweils zuständigen federführenden Ausschuss.

Damit schließe ich die Sitzung und wünsche einen guten Nachhauseweg. Vielen Dank.

(Schluss: 18:02 Uhr)